

Der Markt: Geschichte und Anthropologie einer sozioökonomischen Institution

Francisco Gómez Camacho

Einführung

Zwei Perspektiven treffen bei der historischen Betrachtung des Marktes zusammen: 1. die derjenigen, die mit A. Smith im Markt die „natürliche“ Form des Austauschs zwischen den Menschen zu finden meinen, eine Form, die aus der ebenfalls „natürlichen“ Neigung des Menschen zum Handeln, zum Einwechseln und Tauschen entstanden sei (was die menschliche Gesellschaft vom Tierreich unterscheidet), und 2. die Perspektive derer, die mit einem eher historizistischen Blick im kapitalistischen freien Markt lediglich eine historische und damit zeitgebundene Form des Austauschs von Gütern und Dienstleistungen erkennen, die die Gesellschaft für die Existenz ihrer Mitglieder benötigt. Die ersteren suchen nach den „universalen, ewigen“ Gesetzen, die den Austausch am Markt bestimmen und die sie für notwendig halten, um das ökonomische Wissen für wissenschaftlich erklären zu können; und eine solche wissenschaftliche Grundlage meinen sie in den bekannten Gesetzen von Angebot und Nachfrage zu erkennen. Alles, was von diesen Gesetzen abweicht, betrachten sie als puren Voluntarismus, als ökonomische Zwischenfälle ohne die geringste Bedeutung

für die wissenschaftliche Ökonomie. Die letzteren hingegen messen diesen historischen Vorfällen, die in der geschichtlichen Entwicklung der Menschheit verschiedene Etappen ausmachen, die wissenschaftliche Bedeutung bei, welche die ersteren ihnen absprechen wollen. Eine der Schulen, die diesen historischen Charakter des kapitalistischen Marktes besonders stark betont hat, ist, außer der deutschen historischen Schule, die marxistische Schule.

Der Markt in der Geschichte

Die Ursprünge des Marktes in seiner einfachsten und elementarsten Bedeutung als Ort, an dem die Wirtschaftsgüter ausgetauscht werden, lassen sich genau auf den Moment festlegen, in dem man begann, den Tausch zu praktizieren. In seinem modernen Sinn als „natürliche“ Institution, die imstande ist, sich selbst zu regulieren, ohne daß eine Intervention des Staates notwendig wäre, hat er noch bis in die neuere Zeit hinein nicht die gesellschaftliche Bedeutung erlangt, die man ihm heute beimißt. Bevor der moderne Markt existierte, gab es bereits Spezialisierung und Arbeitsteilung, denn selbst im primitivsten

Stamm besteht eine gewisse Aufgaben-
teilung und die Notwendigkeit, die
Früchte der geleisteten Arbeit unterein-
ander auszutauschen. Aber in einer sol-
chen Stammesgesellschaft regeln Sitten
und Gebräuche sowohl die Aufteilung
und Zuweisung der Arbeit als auch die
Verteilung und den Austausch der Pro-
dukte, selbst wenn dieser Austausch
über große Entfernungen hinweg erfol-
gen muß.

In den Zeiten des klassischen Griechen-
lands und des Römischen Reiches prak-
tizierte man, was Polanyi den „verwalte-
ten Handel“ nennt. Dies war ein „auf-
wendiger, aber unbedeutender“¹ Han-
del, und damals hatte die wirtschaftliche
Tätigkeit sich noch nicht vom gesell-
schaftlichen Leben abgekoppelt, in des-
sen Dienst es stand. Mit Aristoteles ge-
sprochen, könnte man sagen, daß die
„Ökonomie“, als Haushaltung verstan-
den, noch den Vorrang vor der „Chrema-
tistik“ hatte, die nur den Reichtum zu
mehren sucht.

Die Handelstätigkeit wurde durch den
Zusammenbruch des Römischen Rei-
ches und die spätere Entwicklung des-
sen beeinträchtigt, was wir als Feudal-
gesellschaft kennen, einer Epoche, in
der die Unsicherheit des Verkehrs den
Transport von Waren zu gefährlich
machte. Mit dem Wiederaufschwung der
Städte und Märkte seit dem 12. Jahr-
hundert leiteten die Händler eine neue
Epoche der kommerziellen Entwicklung
ein. Die Händler dienten jetzt als Bin-
deglied zwischen geographisch weit von-
einander entfernten Gemeinschaften
und sehr unterschiedlichen Kulturen.
Ein spanischer Theologe namens Tomás
del Mercado zögerte nicht, diese
Handelstätigkeit im 16. Jahrhundert als
einzigendes Band und Quelle der Infor-

mation zwischen den Völkern zu rüh-
men.² Die lokalen Gebräuche konnten
nun die Praxis des internationalen Aus-
tauschs nicht mehr bestimmen, und die
Handelstätigkeit begann als eine ge-
genüber dem gesellschaftlichen Leben
unabhängige und autonome Tätigkeit
aufgefaßt zu werden. Wie derselbe T. de
Mercado schreibt, „heißt Händler sein
nicht mehr wie früher ein Mensch zu
sein, dem das Wohl seines Vaterlandes
am Herzen liegt, sondern einer, der sein
Geld sehr liebt und fremdes begehrt“³.
Damals begann man, die getauschten
Güter als „Tauschwerte“ und nicht als
bloße „Gebrauchswerte“ zu sehen und
einzuschätzen. Und damals breitete sich
auch die Verwendung des Geldes aus,
die seit dem 16. Jahrhundert das Ein-
treffen von Edelmetallen (Gold und Sil-
ber) aus Hispanisch-Amerika voran-
trieb, und wurde allgemein üblich. In
dem Maße, wie sich der merkantile Ka-
pitalismus ausdehnte, wurden die Fun-
damente der Feudalgesellschaft unter-
miniert und konsolidierten sich die er-
sten Stadtstaaten. Sie waren die ersten
Zentren des industriellen und kommerzi-
ellen Kapitalismus. Den endgültigen

Der Autor

*Francisco Gómez Camacho, Jesuit, Professor für Wirtschaftsge-
schichte an der Päpstlichen Universität Comillas (Madrid) und für
Geschichte des ökonomischen Denkens an der Universität
Salamanca. Lizentiat in Philosophie, Doktorat in Theologie, Dokto-
rat in Wirtschaftswissenschaften. Derzeit erforscht er das
ökonomische Denken der spanischen Scholastik im 16. und 17.
Jahrhundert. Anschrift: Universidad Pontificia Comillas, Alberto
Aguilera 2e, E-28015 Madrid, Spanien.*

Sieg brachten die industrielle Revolution
und das Wirken des Moralphilosophen
A. Smith, dessen bekanntestes Werk
„Der Wohlstand der Nationen. Eine Un-

tersuchung seiner Natur und seiner Ursachen“ (1776) die wissenschaftliche Legitimation für die Institution des Marktes darstellte. Die Freiheit des Marktes gewann im Laufe des 19. Jahrhunderts an Boden, auch wenn nicht alle Nationen sie mit der gleichen Entschiedenheit und in gleichem Ausmaß akzeptierten. Es gab immer mehr Leute, die in der Freiheit des Marktes eher ein nur schwer zu erreichendes Ideal als eine zu bewahrende und zu respektierende Realität sahen, und es gab Nationen, die es verstanden, mit mehr oder weniger ausgewogenen Dosierungen die „verwaltete Ökonomie“ mit der „freien Ökonomie“ harmonisch koexistieren zu lassen. Auf diese Weise entwickelten sich die sogenannten „gemischten Wirtschaften“.

Die Sicht des Marktes als einer Naturerscheinung mit einem sich selbst regulierenden inneren Mechanismus, der es ihm erlaubt, so zu wirken, als wäre er ein von jedem menschlichen Einfluß unabhängiges physikalisches System, hat die frühere administrative Tradition der politischen Ökonomie, die sich im klassischen Griechenland entwickelt hatte und durch das Mittelalter hindurch bis zum Werk von A. Smith fortwirkte, in Vergessenheit geraten lassen. In der administrativen Tradition wurde der Mensch als derjenige gesehen, der die wirtschaftliche Tätigkeit in der Hand hat und regelt, als derjenige, der seine eigenen Wirtschaftsangelegenheiten verwaltet.⁴ Sein Eklektizismus erlaubte es Smith, Elemente aus beiden Systemen in sein Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell aufzunehmen: Er befürwortet die entstehende Tradition des freien, durch die Existenz der berühmten „unsichtbaren Hand“ sich selbst regulierenden Marktes, folgte jedoch der administrati-

ven Tradition, wenn er die fiskalischen Probleme behandelt und die Ökonomie als einen Zweig der Moralphilosophie und der Jurisprudenz ansieht.

Wenn heutzutage die Regierungen entwickelter westlicher Länder rund 50% des Bruttoinlandsproduktes ihrer Volkswirtschaften verwalten, kann man kaum behaupten, bei diesen Nationen herrsche eine freie Marktwirtschaft, wobei der freie Markt durchaus eine der in ihren Verfassungen ausdrücklich anerkannten Grundlagen der wirtschaftlichen Tätigkeiten sein kann. Wohl aber scheint es eine unbestreitbare Tatsache zu sein, daß der Markt heute eine der gesellschaftlichen und ökonomischen Institutionen darstellt, die die Bevölkerung am ehesten in die beiden traditionellen Gruppen aufspaltet: die Verfechter und die Kritiker des freien Marktes oder umgekehrt, was jedoch auf dasselbe hinausläuft, die Kritiker und die Verfechter des staatlichen Interventionismus. Beiden Positionen liegen zwei unterschiedliche Auffassungen von der Natur des Menschen zugrunde: eine positive und optimistische bei den Verteidigern des freien Marktes und eine negative und pessimistische bei seinen Kritikern.

Der Markt und die Natur des Menschen

Der Markt ist heute eine der gesellschaftlichen Institutionen, denen gegenüber neutral zu bleiben unmöglich erscheint. Entweder ist man für oder gegen den Markt, entweder man nimmt, oder man läßt es bleiben; Zwischenpositionen scheint es jedoch nicht zu geben. Der Grund für ein solches Dilemma scheint klar: Das Schicksal des Marktes

hängt mit dem Schicksal von Freiheit und Gerechtigkeit zusammen, und gegenüber Freiheit und Gerechtigkeit kann man genausowenig Neutralität bewahren; entweder ist man für oder gegen sie. Wenn deshalb vom Markt die Rede ist, dann handelt es sich selbstverständlich um einen *freien Markt*. Damit haben wir die erste anthropologische Wurzel dieser sozioökonomischen Institution, die wir als Markt bezeichnen: die Ausübung und Auffassung von Freiheit insbesondere im ökonomischen Verhalten.

Die zweite anthropologische Wurzel muß man in der Epistemologie, das heißt in der Theorie der ökonomischen Erkenntnis suchen. Der Markt wird von seinen Verteidigern gewöhnlich als bevorzugter Ort zur Erlangung der Informationen angesehen, die erforderlich sind, um in der Wirtschaft tätig zu werden, das heißt, um sich für das ökonomische Verhalten zu entscheiden, das uns den Umständen am besten zu entsprechen scheint. Da es nicht möglich ist, das, was wir nicht kennen, zu wollen und zu wählen, wird uns die Information, die wir brauchen, um sachkundig entscheiden zu können, vom Markt besorgt, oder genauer gesagt von den Preisen, die auf dem Markt frei zustande kommen. Das liberale ökonomische Denken ging von einer optimistischen Epistemologie im Popperschen Sinne aus. Es setzte voraus, daß die ökonomische Wahrheit für jeden, der am Markt teilnimmt, offenkundig sei und es keiner (religiösen oder politischen) Vermittler bedürfe, um diese Wahrheit erkennen zu können; die ökonomische Wahrheit trete für alle gleichermaßen in den Preisen zutage, die auf dem freien Markt durch die Kräfte von Angebot und Nachfrage be-

stimmt würden. Dieser epistemologische Optimismus wird zu dem Standpunkt führen, daß die freien Märkte immer recht hätten. Wie der Bürger, der in einer Demokratie wählt, niemals irrt, wenn er für oder gegen seine Regierung stimmt, so irrten genausowenig diejenigen, die auf dem Markt „wählten“, wenn sie entschieden, was sie kaufen oder verkaufen wollten. Zu behaupten, daß die Märkte unrecht hätten, sei genauso absurd, wie zu behaupten, in einer Demokratie hätten die Wahlurnen nicht recht. Das Recht des Marktes war und ist deshalb die oberste Norm für den Ökonomen, der für den freien Handel eintritt.

Das 19. Jahrhundert war Zeuge der gesellschaftlichen Bemühungen, die Respektierung dieser obersten Norm des liberalen ökonomischen Denkens durchzusetzen, aber ebenso auch der Opposition, auf die es in der Arbeiterklasse stieß. Die Arbeiter waren keineswegs optimistisch, was die Wahrheit betraf, die der Markt lieferte, und erst recht nicht, was ihren demokratischen Charakter anbelangte. Im 20. Jahrhundert führten dann die sozio-ökonomischen und politischen Konflikte der Zeit zwischen den Weltkriegen unter anderem dazu, daß der Optimismus hinsichtlich des Wahrheitscharakters des Marktes schwand, während eine pessimistische Epistemologie auftauchte, die nach dem Ersten Weltkrieg schließlich in den keynesianischen Wirtschaftstheorien Gestalt annahm. Die von Keynes vertretenen ökonomischen Ideen gingen von einer Anthropologie aus, die von der klassisch-liberalen abwich. Die Freiheit des Individuums müsse eine auf kluge Weise kontrollierte Freiheit sein, denn das Wissen der Individuen sei nicht immer

das gesellschaftlich richtige. Die menschliche Natur wurde von Keynes mit anderen Augen betrachtet als von Smith, und so schrieb er in der *Allgemeinen Theorie*:

„Die Aufgabe, die menschliche Natur umzugestalten, darf nicht mit der Aufgabe verwechselt werden, sie zu beherrschen. Obschon im idealen Staat die Menschen gelehrt, beeinflußt oder erzogen worden sein mögen, an den Einsätzen kein Interesse zu nehmen, mages trotzdem weise und vorsichtige Staatskunst sein, das Spiel, nach Regeln und mit Begrenzungen, zuzulassen, solange der Durchschnittsmensch oder auch nur ein bedeutender Teil des Gemeinwesens der Leidenschaft des Gelderwerbs tatsächlich stark ergeben ist.“⁵

Die keynesianische Ökonomie, die nach dem Zweiten Weltkrieg vorherrschte, war eine paternalistische Ökonomie, insofern sie das ökonomische Wissen für ein elitäres Wissen hielt, das einige, natürlich privilegierte, Vermittler benötigen, um die Interessen der Gesellschaft richtig zu interpretieren. Im Gegensatz zu dem liberalen epistemologischen Optimismus, der auf die aus dem freien Markt stammenden „objektiven“ Botschaften vertraute, teilten die Keynesianer eine pessimistische Epistemologie in bezug auf dem Markt, das heißt in bezug auf die Individuen, die an ihm teilnehmen, um sich mit ihrer Abstimmung in Geld für das Produkt oder die Dienstleistung zu entscheiden, das oder die die beste gesellschaftliche Qualität besitzt. Für den Keynesianismus zeigt sich die ökonomische und soziale Wahrheit nicht allen Bürgern auf die gleiche Weise und mit der gleichen Objektivität. Es gibt gesellschaftliche und ökonomische Umstände, die privilegierte Informationen und aus demselben Grund

auch Fehlinformationen hervorrufen. Die Wahrheit, die zum Allgemeinwohl der Gesellschaft führt, kommt nicht einfach vom Markt und dem Individuum, das an ihm teilnimmt; sie bedarf vielmehr der Vermittlung einer privilegierten Einsicht, die natürlich nur die Einsicht des Staates, der Regierung oder, häufiger, die ihrer wirtschaftskundigen Berater sein kann.

Die logische Konsequenz der Anerkennung der Überlegenheit des Wissens, die man dem Staat und seinen ökonomischen Beratern zuschreibt, besteht darin, daß man sie mit den notwendigen Instrumenten ausstattet, um dieses Wissen anwenden zu können. Die beiden wirksamsten Werkzeuge, die Keynes ihnen lieferte, waren in gewisser Weise dieselben, die A. Smith Ende des 18. Jahrhunderts den merkantilistischen Regierungen verweigert hatte: die Währungspolitik und die Steuerpolitik. Die Regierungen sollten wieder die Menge und den Wert des Geldes bestimmen können; darüber hinaus sollten sie die Steuern für die Zwecke verwenden können, die sie in paternalistischer Weise zum Wohl der Gesellschaft für die Wirtschaftspolitik festgelegt hätten.

Nach dem Zweiten Weltkrieg erleben wir also, was das Vertrauen auf den Markt angeht, eine Situation wieder, die der merkantilistischen des 17. und 18. Jahrhunderts entspricht. Die merkantilistischen Politikformen, die A. Smith und die klassischen Wirtschaftstheoretiker kritisiert hatten, weil sie auf dem willkürlichen Eingreifen des Staates in die „natürlichen“ Vorgänge der Ökonomie beruhten, wurden wieder positiv beurteilt. Das Vertrauen auf die harmonisierende Kraft der „unsichtbaren Hand“ bei A. Smith wurde durch das Vertrauen auf

das Wissen und die Macht der Regierungen ersetzt, denen jetzt stärker daran gelegen war, die gegenläufigen Interessen von Kapital und Arbeit kurzfristig miteinander in Einklang zu bringen, während die berühmte „unsichtbare Hand“ von Smith nur an einer langfristigen Harmonisierung interessiert war. Von neuem stellte sich das Problem, das Gemeinwohl und -interesse der Gesellschaft mit den Interessen des einzelnen Individuums zu vereinbaren, und die harmonisierende Funktion, die die *Laissez-faire*-Liberalen leichtsinnigerweise dem freien Markt zugewiesen hatten, vertraute man nun nicht weniger leichtsinnig dem Handeln des Staates an. Der Urheber dieses Gesinnungswandels, wie ich ihn gerade darstellte, war kein anderer als J.M. Keynes, der in seiner *Allgemeinen Theorie* den Regierungen die theoretischen Begründungen für ein Eingreifen in die Wirtschaft lieferte, das ihnen A. Smith verweigert hatte.

Die keynesianische Ökonomie, die im Westen die Wirtschaftspolitik der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts beeinflusst hat, bot den schutzlosen Menschen der Gesellschaft, insbesondere den unfreiwillig Arbeitslosen, eine soziale Sicherheit und eine Sicherheit hinsichtlich ihrer Beschäftigung, die der freie Markt nicht garantieren konnte. Dies vermag zu erklären, daß eine Auffassung vom ökonomischen Verhalten, die ein höheres Maß an Sicherheit und Wohlstand um den Preis des Verzichts auf einen Zuwachs an Freiheit bot, immer mehr Anhänger gewann. Je mehr der Verlust ökonomischer Freiheit mit Wirtschaftswachstum und Vollbeschäftigung einherging, um so mehr hielt die Gesellschaft an ihrem Glauben an den Sachverstand und die Fähigkeit der Re-

gierungen fest, ein stabiles Niveau wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wohlstands zu gewährleisten.

Doch in den vergangenen Jahrzehnten haben sich die Verhältnisse geändert, und dies nicht nur, weil die Berliner Mauer gefallen ist und die historischen Irrtümer der kommunistischen Regierungen mit ihrer Planwirtschaft hat offen zutage treten lassen. Auch die Verhältnisse, die in den westlichen Ländern ein stabiles Wachstum und Vollbeschäftigung ermöglicht hatten, hörten auf zu existieren, als die Inflationsprozesse sich beschleunigten oder bestenfalls gleich blieben. Dieser Wandel mußte sich zwangsläufig auf das Vertrauen schädlich auswirken, das man in den Sachverstand und das richtige ökonomische Verhalten der Regierungen setzte. Was für ein angemessenes Verständnis der Krise, die der Wohlfahrtsstaat heute durchlebt, noch bedeutsamer ist: Die ökonomische Tätigkeit der Regierungen wird heute als Quelle der *Ungewißheit* und damit als etwas wahrgenommen, das ökonomische *Unsicherheit* erzeugt. Diese Ungewißheit bzw. Unsicherheit, welche die Regierungen in der Wirtschaft hervorrufen, ist unter anderem eine der Ursachen, die die gegenwärtige Krise des Wohlfahrtsstaates erklären. Wieder einmal in der Geschichte der Menschheit geht es um den Konflikt zwischen Rationalität und Freiheit, diesmal um Rationalität der Regierung und Freiheit des Individuums.

Am Ausgang des 20. Jahrhunderts präsentiert dieser Konflikt zwischen Rationalität und Freiheit sich uns jedoch mit einem neuen Merkmal, der ihn zu einem qualitativ anderen Konflikt macht: Heute haben wir die Grenzen beider Parteien erkannt. Weder verdient die Rationalität

der Regierungen das Vertrauen, das wir in früheren Zeiten in sie gesetzt haben, noch hat die individuelle Freiheit die hohe Einschätzung wiedererlangt, die sie in der Vergangenheit genoß und die sie im 20. Jahrhundert in der Tat eingebüßt hat. Wenn das 20. Jahrhundert mit einer verletzten und heilungsbedürftigen individuellen Freiheit begann, dann sind die letzten Dekaden des Jahrhunderts Zeuge, wie die Wunde jetzt die staatliche Rationalität in Mitleidenschaft zieht. Eine Gesellschaft, die zu Beginn dieses 20. Jahrhunderts erlebte, wie einer ihrer Grundpfeiler beschädigt wurde, die Freiheit, muß nun am Ende dieses Jahrhunderts mit ansehen, wie ein weiterer Grundpfeiler, die Rationalität des Staates, durch das gleiche Mißtrauen Schaden zu nehmen scheint. Der Ausgleich zwischen individueller Freiheit und sozialer Vernunft, der in früheren Zeiten als Grundlage für den Gesellschaftsvertrag diente, muß erneuert werden, aber ausgehend von neuen Prämissen, die imstande sind, den Argwohn, der in den beiden letzten Jahrhunderten zwischen beiden Pfeilern entwickelt worden ist, abzubauen. Auf mittlere oder längere Sicht scheint sich jedoch noch nicht abzuzeichnen, welche neuen Prämissen dies sein sollen. Sicherlich wird sich, so meine ich, das neue Bündnis zwischen Freiheit und ökonomischer Rationalität, das wir brauchen, keineswegs allein damit erreichen lassen, daß man die geographische Reichweite des Marktes erweitert. Das Ersetzen der nationalen Grenzen durch solche von Zonen gemeinsamer Märkte von größerer geographischer Ausdehnung, und sei diese weltweit, wird lediglich dazu führen, daß die Zuspitzung der Krise zeitlich hinausgezögert wird, aber diese nicht ver-

meiden können. Eine auf der Ausweitung der Märkte basierende Strategie vermag den Bereich auszudehnen, in dem die Individuen ihre Freiheit einsteuilen leben können und in dem gleichfalls eine hypothetische Regierungsautorität ihre Rationalität anwenden können, aber das gegenseitige Mißtrauen, das heute zwischen Freiheit und ökonomischer Rationalität herrscht, wird sie keineswegs beseitigen können. Wir scheinen es nicht mit einem Problem der Quantität oder der geographischen Ausdehnung des Wirtschaftslebens oder der ökonomischen Tätigkeit zu tun zu haben, auch wenn die Arbeitslosenquoten dies nahelegen scheinen, sondern mit einem Problem der Qualität oder der qualitativen Veränderung dieses Wirtschaftslebens und dieser ökonomischen Tätigkeit. Möglicherweise stehen wir vor einer gesellschaftlichen und ökonomischen Situation, in der es am richtigsten wäre, uns vor Augen zu führen, wie angebracht oder vielleicht notwendig es ist, die gesellschaftlichen Grundlagen zu legen, die es ermöglichen, uns in der Geschichte jener Gesellschaft und jenem Wirtschaftssystem zu nähern, die die klassischen Wirtschaftstheoretiker als stationären Zustand bezeichneten und manche von ihnen (z.B. J.S. Mill) in der Dynamik der Geschichte für eine Situation hielten, die der eines beständigen Wirtschaftswachstums vorzuziehen sei. Auf eine ähnliche Situation bezog sich Keynes, als er im Jahre 1930 Spanien besuchte. Bei diesem Spanienaufenthalt 1930 hielt Keynes eine Rede, die er mit dem Titel versah: *Die wirtschaftlichen Möglichkeiten unserer Enkel* (Las posibilidades económicas de nuestros nietos). Dies war eine der seltenen Gelegenheiten, bei denen

Keynes seinen Blick in eine fernere Zukunft richtete, und mit diesem Ausblick in die Weite beschrieb er eine Welt, in der das ökonomische Problem des Mangels gelöst sein würde, weshalb man die „Stimme der Moral“ gern würde hören wollen. Über diese Welt schrieb Keynes 1930:

„Wenn die Anhäufung von Reichtum keine große gesellschaftliche Bedeutung mehr hat, wird es große Veränderungen in den Moralkodizes geben. Wir werden uns von vielen der pseudomoralischen Prinzipien befreien können, die zweihundert Jahre lang auf uns lasteten und die uns dazu gebracht haben, einige der häßlichsten menschlichen Eigenschaften zu verherrlichen, indem wir sie in den Rang der höchsten Tugenden versetzten. Wir dürfen es wagen, dem Geldmotiv seinen wahren Wert beizumessen. Die Liebe zum Geld als Besitzgegenstand - im Unterschied zur Liebe zum Geld als Mittel, um die Freuden und die Realitäten des Lebens genießen zu können - wird als das erkannt werden, was es ist, nämlich als eine ziemlich abstoßende Krankheit, eine dieser halb kriminellen, halb pathologischen Neigungen, die man, wenn sie die Menschen befallen, von Spezialisten für Geisteskrankheiten behandeln läßt. All die Arten von gesellschaftlichen Sitten und ökonomischen Verhaltensweisen, die die Verteilung des Reichtums und der ökonomischen Belohnungen und Strafen betreffen und an denen wir heute um jeden Preis festhalten - so widerwärtig und ungerecht sie für sich genommen auch sein mögen -, weil sie furchtbar nützlich sind, um die Akkumulation von Kapital zu fördern, werden endlich verworfen werden, weil wir dann so frei sein werden, dies tun zu können.“⁶

Die Wirtschaftstheoretiker haben die Phase der kapitalistischen Entwicklung immer als eine mehr oder weniger lange Übergangsphase angesehen, und die Gesellschaft, die Keynes für seine Enkel heraufziehen sieht, entspricht ebendieser Vorstellung von einer Gesellschaft, in der die egoistischen Beweggründe zur kapitalistischen Akkumulation nicht mehr notwendig sein und zugunsten eines „moralischen“ ökonomischen Verhaltens aufgegeben werden können. In der keynesianischen Zukunft ist man, wie im klassischen stationären Zustand, am Ende des Reiches der *Notwendigkeit* angelangt, und das wirtschaftliche Verhalten kann Ausdruck einer Welt sein, in der *Freiheit* und *Sittlichkeit* herrschen, darum wird sie einen Sinn für das *Geschenkhaft*e haben. Dann werden wir moralisch handeln und uns um andere kümmern können. In dieser künftigen neuen Gesellschaft, wie Keynes sie sich vorstellte, werden wir „frei (sein) ...“, zu einigen der festesten und richtigsten Grundsätze der traditionellen Religion und Tugend zurückzukehren: daß Geiz ein Laster, daß Wucher zu treiben ein Verbrechen und die Liebe zum Geld verabscheuungswürdig ist und daß diejenigen, die wirklich die Wege der Tugend und einer gesunden Vernunft beschreiten, am wenigsten an morgen denken“.

Sind wir erst einmal in der neuen Gesellschaft, dann werden wir endlich „die Ziele über die Mittel stellen und das Gute dem Nützlichen vorziehen“ können.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt jedoch, warnte Keynes 1930, dürfen wir uns nicht allzu viele Illusionen machen, denn „noch ist die Zeit für all dies nicht gekommen. Zumindest noch weitere hundert Jahre müssen wir uns und den an-

den vormachen, was recht ist, sei böse, und was böse ist, sei recht. Geiz, Wucher und Arglist müssen noch eine Zeitlang unsere Götter bleiben, denn nur sie können uns aus dem Tunnel der ökonomischen Notwendigkeit herausholen und uns ans Tageslicht führen“⁷.

Das verheißene Land ist in Sicht, aber wir haben es noch nicht erreicht. Für Keynes wird, im Unterschied zu K. Marx, die Ankunft dort „allmählich vonstatten gehen, nicht wie eine Katastrophe“, aber am Ende werden wir in dieses neue Land gelangen. Und mit einer Wendung, die klingt, als sei sie der apokalyptischen Theologie entnommen, erklärt Keynes: „Sie (die neue Gesellschaft) hat wahrhaftig schon begonnen.“

Schlußbemerkung

Die Gesellschaft, die Keynes für seine Enkel ankündigte, ist eine Gesellschaft, in der der ökonomische Überfluß die notwendige Voraussetzung für die Praxis der Tugend und der Solidarität darstellt; eine bürgerliche Gesellschaft, in der man erst, nachdem man sich den Magen gefüllt hat, aufgrund der Freiheit (vom Mangel) daran denken kann, das, was übrig bleibt oder überflüssig ist, mit anderen zu teilen. Es ist eine Gesellschaft, in der das Reich der Notwendigkeit durch die egoistischen Kräfte der kapitalistischen Akkumulation überwunden sein wird und man auf den kapitalistischen Markt als Vermittlungsinstanz bei der Zuweisung der Mittel und der Verteilung der Güter verzichten kann. In einer solchen Gesellschaft be-

steht kein Grund dafür, daß das wirtschaftliche Verhalten auf der Maximierung der eigenen Nützlichkeit basieren müßte, und es könnte durch ein Verhalten auf der Grundlage der Moralität ersetzt werden. Die wirklich menschlichen Ziele könnte man über die materiellen Mittel stellen, und die Moral würde gegenüber dem individuellen Egoismus die Oberhand behalten. Eine solche Gesellschaft wäre zweifellos der gegenwärtigen Gesellschaft vorzuziehen, in der unser wirtschaftliches Verhalten von der Herrschaft der Notwendigkeit bestimmt wird. Wir müssen uns die Frage stellen, wie weit es uns möglich ist und wie weit wir dazu bereit sind, dieses Gesellschaftsideal, das die Wirtschaftstheoretiker zu erahnen vermochten, zu antizipieren, und in welchem Maße die Praxis der Solidarität zwangsläufig die Beseitigung des Mangels ausschließt. Im Blick auf die Zukunft scheint hierin die Herausforderung zu bestehen, der die Menschheit sich stellen muß: daß sie die notwendige Harmonisierung zwischen solidarischem Verhalten und der unaufschiebbaren Überwindung des ökonomischen Mangels zustande bringt. Von der Antwort, die die Gesellschaft auf diese Frage zu geben vermag, wird abhängen, wie viel man vom Markt als sozialer und ökonomischer Institution erwarten kann. Jedenfalls hat es nicht den Anschein, als könnten wir noch lange die Notwendigkeit außer acht lassen, in die ökonomischen Beziehungen, mit denen wir das Problem des ökonomischen Mangels zu lösen hoffen, mehr Solidarität hineinzubringen.

⁷ K. Polanyi, *The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen*, Frankfurt a.M. ²1990.

² T. de Mercado, Suma de Tratos y Contratos, lib. II, Cap. 2, Sevilla 1571 (moderne Ausgabe: Clásicos del Pensamiento Económico Español, Madrid 1977).

³ Ebd.

⁴ S. Todd Lowry, The Archaeology of economic ideas: the Classical Greek Tradition, Durham 1987.

⁵ J.M. Keynes, Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, Kap. 24, § 1, Berlin 1994, 316.

⁶ Ders., Ensayos de persuasión, Edit. Crítica, Barcelona 1988, 331. (The Collected Writings, vol. IX, Cambridge 1972).

⁷ AaO. 332-333.

Aus dem Spanischen übersetzt von Victoria M. Drasen-Segbers

*Der Markt:
Geschichte
und Anthro-
pologie einer
sozioökono-
mischen
Institution*

Koloß auf tönernen Füßen

Vor dem Kollaps der Weltwirtschaft?

Bruno Kern

Es ist m.E. müßig, über „den Markt“ ideologische Grabenkämpfe auszutragen. Kaum jemand wird heute bestreiten, daß Marktmechanismen eine unersetzliche Funktion haben, sofern sie eingebettet sind in einen umfassenderen institutionellen Rahmen, in ein nicht-marktförmiges Umfeld. Was sich jedoch weltgeschichtlich herausgebildet und schließlich global durchgesetzt hat, ist eine kapitalistische Marktwirtschaft, deren Logik alle anderen Lebensbereiche determiniert. Die immanenten Mechanismen dieser Art von Marktwirtschaft und ihr Widerspruch zu den fundamen-

talen Lebens- und Überlebensinteressen kommen wenigstens zum Teil an anderer Stelle dieses Heftes zur Sprache. Wir können uns hier deshalb mit knappen Hinweisen begnügen. Im Vordergrund dieses Beitrags wird vor allem jene Dynamik stehen, die das globale Wirtschaftssystem heute m.E. am deutlichsten prägt und an seiner selbstzerstörerischen Tendenz einen wesentlichen Anteil hat: der Prozeß der Ablösung der monetären Ebene von der Realökonomie, d.h. vom tatsächlichen Austausch von Gütern und Dienstleistungen.